Synopse zu den Richtlinien für die Einleitung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben
 Änderungen sind grau hinterlegt

	Bisherige Regelung	Neue Regelung
4.1	<p>Die Baukosten sind vom Baureferat vor der ersten Vergabe anhand eines ausföhrungs- und gewerkeorientierten Kostenanschlages (fortgeschriebene Kostenberechnung) auf der Grundlage von Angeboten, die beauftragt werden sollen, fortzuschreiben.</p> <p>Hierzu müssen grundsätzlich für mindestens 60% der Bauleistungen Ausschreibungsergebnisse vorliegen.</p> <p>Der Auftragnehmer ist zu verpflichten vergabeorientierte Kosteneinheiten, die nach Mengen und Einheitspreisen gegliedert sind, der entsprechenden Kostengruppe nach DIN 276-1 bzw. 276-4 oder AKS zuzuordnen.</p> <p>Beim Kostenanschlag ist immer anzugeben, in welcher Form die Umsatzsteuer berücksichtigt worden ist.</p> <p>Beim Kostenstand ist vom Zeitpunkt der Ermittlung auszugehen; dieser Kostenstand ist durch die Angabe des Zeitpunktes zu dokumentieren. Sofern Kosten auf den Zeitpunkt der Fertigstellung prognostiziert werden, sind sie gesondert auszuweisen. Diese Kosten dürfen in den Kostenanschlag nicht eingehen.</p>	<p>Die Baukosten sind vom Baureferat vor der ersten Vergabe anhand eines ausföhrungs- und gewerkeorientierten Kostenanschlages (fortgeschriebene Kostenberechnung) auf der Grundlage von Angeboten, die beauftragt werden sollen, fortzuschreiben.</p> <p>Hierzu müssen grundsätzlich für mindestens 60% der Bauleistungen Ausschreibungsergebnisse vorliegen.</p> <p>Der Kostenanschlag ist mit den vom Planer vor der Ausschreibung bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung zu vergleichen. Bei jeder weiteren Auftragsvergabe ist die Auftragssumme mit dem Ansatz aus dem Kostenanschlag zu vergleichen und die Auswirkungen auf die zu erwartenden Gesamtkosten darzustellen.</p> <p>Der Auftragnehmer ist zu verpflichten vergabeorientierte Kosteneinheiten, die nach Mengen und Einheitspreisen gegliedert sind, der entsprechenden Kostengruppe nach DIN 276-1 bzw. 276-4 oder AKS zuzuordnen.</p> <p>Beim Kostenanschlag ist immer anzugeben, in welcher Form die Umsatzsteuer berücksichtigt worden ist.</p> <p>Beim Kostenstand ist vom Zeitpunkt der Ermittlung auszugehen; dieser Kostenstand ist durch die Angabe des Zeitpunktes zu dokumentieren. Sofern Kosten auf den Zeitpunkt der Fertigstellung prognostiziert werden, sind sie gesondert auszuweisen. Diese Kosten dürfen in den Kostenanschlag nicht eingehen.</p>
4.2	<p>Die Kostenüberwachung ist anhand einer Veränderungs- und einer Auftragsliste durchzuführen.</p> <p>In die Veränderungsliste ist jeweils der Ansatz aus der Kostenberechnung, die Auftragssumme und die Schlussrechnungssumme einzutragen.</p> <p>Bei jeder Auftragsvergabe ist die Auftragssumme mit dem genehmigten Ansatz aus der Kostenberechnung zu vergleichen und die Differenz als Mehrung oder Minderung einzutragen. Als Aufträge sind auch Nachtrags- und Regieaufträge zu berücksichtigen. Gleiches gilt für die Schlusszahlung; hier wird die geprüfte Rechnungssumme der zugehörigen Auftrags-</p>	<p>Die Kostenüberwachung ist anhand der in der HOAI beschriebenen Grundleistungen als auch mit dem Modul „Aufträge“ im Finanzprogramm nsk durchzuführen und zu dokumentieren.</p>

Synopse zu den Richtlinien für die Einleitung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben
Änderungen sind grau hinterlegt

	Bisherige Regelung	Neue Regelung
	<p>summe gegenübergestellt und die Abweichung ebenfalls eingetragen.</p> <p>Die Auftragsliste stellt die Kostenentwicklung innerhalb eines Auftrages dar. Zum Hauptauftrag sind alle Nachträge fortlaufend zu addieren. Des Weiteren sind dort die Abschlagszahlungen abzusetzen, um den Zahlungsstand mit dem Auftragsstand vergleichen zu können.</p>	
7.7	<p>Schlussrechnungsbearbeitung</p> <p>Zur Beschleunigung der Schlussabrechnung muss die Fachdienststelle spätestens nach der Abnahme aktiv werden.</p> <p>Dem Auftragnehmer ist eine Frist gemäß § 14 Nr. 3 VOB/B mit einem angemessenen Zuschlag zur Vorlage der Schlussrechnung zu setzen.</p> <p>Wird die Schlussrechnung nicht fristgerecht vorgelegt, sollte eine Nachfrist mit Androhung einer Ersatzvornahme gesetzt werden.</p> <p>Ist sie in allen Teilen prüfbar und korrekt erstellt, so ist die Schlusszahlung innerhalb von zwei Monaten zu leisten.</p> <p>Ist die Schlussrechnung nur in Teilen prüffähig, ist der prüfbare und unstrittige Rechnungsteil der Schlussrechnung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Monaten festzustellen und dem Auftragnehmer als Abschlagszahlung auszuzahlen.</p> <p>Bezüglich des nicht prüfbaren Teils der Schlussrechnung fertigt die Fachdienststelle ein Schreiben an den Auftragnehmer, in welchem diese die festgestellten Mängel der Schlussrechnung aufführt und unter Fristsetzung die Vorlage der fehlenden bzw. überarbeiteten Unterlagen zur Schlussrechnung anfordert. In diesem Schreiben ist erneut auf die Folgen der verspäteten Vorlage hinzuweisen.</p> <p>Werden die fehlenden und überarbeiteten Unterlagen fristgerecht vorge-</p>	<p>Schlussrechnungsbearbeitung</p> <p>Zur Beschleunigung der Schlussabrechnung muss die Fachdienststelle spätestens nach der Abnahme aktiv werden.</p> <p>Dem Auftragnehmer ist eine Frist gemäß § 14 Nr. 3 VOB/B mit einem angemessenen Zuschlag zur Vorlage der Schlussrechnung zu setzen.</p> <p>Wird die Schlussrechnung nicht fristgerecht vorgelegt, sollte eine Nachfrist mit Androhung einer Ersatzvornahme gesetzt werden.</p> <p>Ist sie in allen Teilen prüfbar und korrekt erstellt, so ist die Schlusszahlung spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung fällig und der Auftragnehmer muss über den geschuldeten Betrag verfügen können, d.h. der geschuldete Betrag muss auf seinem Bankkonto gutgeschrieben sein.</p> <p>Ist die Schlussrechnung nur in Teilen prüffähig, ist der prüfbare und unstrittige Rechnungsteil der Schlussrechnung festzustellen und innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 30 Tagen dem Auftragnehmer als Abschlagszahlung auszuzahlen; d.h. der geschuldete Betrag muss auf seinem Bankkonto gut geschrieben sein.</p> <p>Bezüglich des nicht prüfbaren Teils der Schlussrechnung fertigt die Fachdienststelle rechtzeitig bis zum Ablauf der Frist nach § 16 Abs. 3 Nr. 1</p>

Synopse zu den Richtlinien für die Einleitung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben
 Änderungen sind grau hinterlegt

	Bisherige Regelung	Neue Regelung
	<p>legt, so ist die Schlusszahlung innerhalb von zwei Monaten zu leisten. Für den Fall, dass wiederum nur ein Teil prüffähig ist bzw. der Auftragnehmer trotz Aufforderung keine prüfbaren Unterlagen vorlegt, ist der Vergütungsanspruch aus Sicht des Auftraggebers festzustellen und dem Auftragnehmer eine Schlusszahlung innerhalb der gesetzten Frist von zwei Monaten auszus zahlen.</p>	<p>VOB/B ein Schreiben an den Auftragnehmer, in welchem diese die festgestellten Mängel der Schlussrechnung aufführt und unter Fristsetzung die Vorlage der fehlenden bzw. überarbeiteten Unterlagen zur Schlussrechnung anfordert. In diesem Schreiben ist erneut auf die Folgen der verspäteten Vorlage hinzuweisen.</p> <p>Werden die fehlenden und überarbeiteten Unterlagen fristgerecht vorgelegt, so ist die Schlusszahlung unverzüglich nach Prüfung zu leisten. Für den Fall, dass wiederum nur ein Teil prüffähig ist bzw. der Auftragnehmer trotz Aufforderung keine prüfbaren Unterlagen vorlegt, ist der Vergütungsanspruch aus Sicht des Auftraggebers festzustellen und auszus zahlen.</p>